



Position der SPD-Ortsvereine in Sachen Flughafen Frankfurt

## **Der Frankfurter Flughafen kann nur in Eintracht mit der Region entwickelt werden**

Im Bewusstsein der wirtschaftlichen Bedeutung des Frankfurter Flughafens und in der Verantwortung für die Gesundheit und das Wohlergehen der Bevölkerung stellt die „**Initiative für weniger Fluglärm**“ der SPD folgende Forderung auf: **Nur ein Flughafen, der nachhaltig mit Unterstützung der Anwohner betrieben wird, kann langfristig Arbeitsplätze sichern und entwickelt werden.**

Bei ihren Entscheidungen über die Entwicklungen des Frankfurter Flughafens hat sich die hessische SPD immer von der Idee einer nachhaltigen zukunftsfähigen Entwicklung leiten lassen, bei der ökonomische, ökologische, gesundheitliche und soziale Ziele zusammengeführt werden. Wir wollen eine leistungsstarke Wirtschaftsstruktur mit einer positiven Entwicklung, guter Arbeit und guter Lebensqualität. **Dazu muss ein Ausgleich zwischen den wirtschaftlichen Interessen der Luftverkehrsindustrie und der Gesundheit der im Rhein-Main-Gebiet lebenden Bevölkerung geschaffen werden.** Unser Ziel ist es sowohl die Beschränkung des Fluglärms auf ein gesundheitlich unbedenkliches Maß als auch die Befriedung der Region.

### **Wir fordern daher folgende Maßnahmen:**

- Kontingentierung von Fluglärm und Festlegung von lokalen Lärmobergrenzen von tagsüber maximal 55 dB(A) Dauerschallpegel in Wohngebieten
- Einzelschallereignisse sollen 75db(A) in Wohngebieten nicht überschreiten
- Eindeutige Nachtruhe von 22 – 6 Uhr
- Ausweitung des Casa-Programms auf die Lärmschutzzonen 1 und 2, Neuordnung der Lärmschutzzonen
- Konkrete gesetzliche Vorgaben für einen lärmärmeren Flugbetrieb (aktiver Schallschutz)
- Weder Bau des Terminals 3 noch ein anderweitiger Ausbau des Flughafens
- Flugroutenfestlegung nur mit öffentlicher Beteiligung

- Betriebsbeschränkung auf der neuen Landebahn Nordwest gemäß Vorbild Flughafen Zürich
- Abschaffung der Rückenwindkomponente
- Erhebung einer Kerosinsteuer und Mehrwertsteuer auch im internationalen Verkehr (Gleichbehandlung der Verkehrsträger)
- Passiver Schallschutz für alle betroffenen Gebäude mit einem Sofortprogramm für soziale Einrichtungen, wie Kindergärten oder Schulen, Senioreneinrichtungen
- Einstellung der sogenannten Südumfliegung bei Westbetrieb
- Deckelung der Flugbewegungen auf ein raumverträgliches Niveau
- Bessere Abstimmung des Flugverkehrs mit dem Schienen- und Straßenverkehr zur Vermeidung von Kurzstreckenflügen

Die Finanzierung des Schallschutzes soll maßgeblich durch die Fraport AG erfolgen, die im vergangenen Geschäftsjahr 2012 einen Gewinn nach Steuern i.H.v. 250 Mio. € erwirtschaftet hat. **Zudem soll auf Landesebene eine Servicestelle für die betroffenen Bürgerinnen und Bürger sowie für die Bürgerinitiativen, eingerichtet werden, die von der Fraport zu finanzieren ist.** Diese Servicestelle soll für eine regionale Kooperation der einzelnen Gemeinden sorgen und die Lärmwerte einer jährlichen Prüfung unterziehen. Einen jährlichen Bericht über die Umsetzung der Schallschutzmaßnahmen sowie einer daraus abzuleitenden Handlungsempfehlung für weitere Maßnahmen erachten wir als selbstverständlich.

Wir unterstützen diese Positionen:

Figen Brandt <i>OV Frankfurt Innenstadt</i>	Rosita Jany <i>OV Frankfurt Oberrad</i>	Thomas Müller <i>OV Frankfurt Sachsenhausen</i>	Imren Ergindemir <i>OV Frankfurt Niederrad</i>
Markus Werner <i>OV Offenbach Innenstadt</i>	Helmut Hiepe <i>OV Obertshausen</i>	Frank Schmitz <i>Fraktion Nauheim</i>	Jörg Splitt <i>OV Nauheim</i>

